

Siegener Zeitung

Überparteiliches, amtliches Kreisblatt für Siegen-Wittgenstein, Altenkirchen

AUSGABE KREIS ALTENKIRCHEN

Nr. 273 | 198. Jahrgang | G 6295

Samstag, 21. November 2020

Einzelpreis: Mo.-Fr. 2,00 € | Sa. 2,40 €



LOKALES

Beth nun ein „80er“



Der ehemalige Minister und Landrat des Kreises Altenkirchen fordert wieder mehr Diskussionen in Politik und Gesellschaft. **Seite 9**

Kein Nahwärmeverbund

Sparkasse und Bistum wollen beim Nahwärmeverbund in Kirchen nicht mitmachen. Jetzt gibt's eine „Solo-Heizung“ fürs Rathaus. **Seite 6**

WIRTSCHAFT

DAX

13137,25

(+51,09)



Dow Jones

29263,48

(-219,75)



Kauf ohne Rausch

Corona verändert auch die Black-Friday-Woche. **Seite 21**

ZEITGESCHEHEN

Die Comedy-Blondine

Goldie Hawn hat Ausdauer: Mit 75 plant sie weitere Filme. Auch mit ihrer Langzeitleiße Kurt Russell steht sie noch vor der Kamera. **Seite 18**

SPORT

Das Ringen um Gold



Der in Siegen aufgewachsene Wladimir Remel ringt in der Bundesliga und hat bei den Deutschen Meisterschaften schon fünf Medaillen geholt. **Seite 26**

KULTUR/MEDIEN

Bedeutende Maler

Zur Düsseldorfer Malerschule gehörten Andreas und Oswald Achenbach. Ihr Ururgroßvater stammte aus Ferndorf. / Rebecca Immanuel ist in „Für immer Mama“ (ZDF) zu sehen und im SZ-Interview nachdenklich. **Seiten 22/31**

WETTER

Kühl und grau

Bei einstelligen Temperaturen ziehen viele Wolken durchs Land; die Sonne macht sich rar. **Seite 18**

HEUTE
6 / 2

LESERSERVICE

Leserservice:

☎ 02 71 / 59 40-8 • Fax: -3 09

Leserservice@Siegener-Zeitung.de

Lieferreklamation:

☎ 02 71 / 59 40-4 01

Anzeigen:

☎ 02 71 / 59 40-7 • Fax: -3 18 oder -3 84

Anzeigen@Siegener-Zeitung.de

Redaktion:

☎ 02 71 / 59 40-2 37 • Fax: -2 39

Redaktion@Siegener-Zeitung.de

Mitglied im RedaktionsNetzwerk Deutschland **RND**®



6 0 2 4 7



4 190629 502408

Quarantäne: Neuer Rekord

Im Kreis Siegen-Wittgenstein sind 4308 Menschen von Amts wegen Zuhause. Was der Lockdown in der Region gebracht hat.

Seite 4

Foto: Pixabay



Lockerungen nicht in Sicht

BERLIN Vor neuen Bund-Länder-Beratungen zeichnet sich Verlängerung des Teil-Lockdowns ab

Kanzleramtschef Braun plädiert dafür, ein besonderes Augenmerk auf Schulen zu legen.

dpa/afp ■ In den Beratungen zu den anstehenden Entscheidungen im Kampf gegen die Corona-Pandemie zeichnet sich eine Verlängerung des Teil-Lockdowns ab. Wie das Wirtschaftsmagazin „Business Insider“ unter Berufung auf Länderkreise berichtet, könnten die seit Anfang November geltenden Maßnahmen bis zum 20. Dezember verlängert werden. Auch nach Informationen mehrerer Tageszeitungen gibt es Überlegungen, den Teil-Lockdown bis mindestens kurz vor Weihnachten auszuweiten.

Ist das Infektionsgeschehen nach Weihnachten nicht im Griff, sollen zudem nach dem Willen der SPD-geführten Länder und einiger CDU-Länder die Winterferien bundesweit bis 10. Januar verlängert werden, berichtete das WirtschaftsMagazin weiter. Zu den weiteren Vorschlägen gehörten u. a. eine Verschärfung der Kontaktbeschränkungen, so das Magazin.

Am kommenden Mittwoch wollen die Länderchefs zusammen mit Bundeskanz-

lerin Angela Merkel (CDU) über das weitere Vorgehen entscheiden.

Indessen erreichte die Zahl der Neuinfektionen gestern wieder einen Höchststand, die Gesundheitsämter meldeten dem Robert-Koch-Institut (RKI) 23 648 neue Corona-Infektionen binnen 24 Stunden. Regierungssprecher Steffen Seibert nannte diese Zahlen noch „weit, weit zu hoch“. Er erinnerte zugleich daran, dass sich Merkel bei den Beratungen mit den Ministerpräsidenten am vergangenen Montag weitergehende Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie gewünscht hätte.

Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) sprach sich mit Blick auf den anstehenden Bund-Länder-Gipfel dafür aus, besonders die Schulen in den Blick zu nehmen. „Was wir für den November beschlossen haben,



Wie geht es weiter an den Schulen? Auch darauf werden Antworten gesucht. Foto: dpa

hat die Infektionsdynamik gebrochen. Aber es hat noch nicht dazu geführt, dass die Zahlen nach unten gehen“, sagte Braun dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Nun gehe es vor allem darum, Kontakte zu reduzieren und die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. „Sie tragen wesentlich zur Verbreitung der Infektion bei“, sagte Braun. Vor allem in den weiterführenden Schulen müsse „alles getan werden, um die Abstandsregeln einzuhalten“. Auch nach dpa-Informationen soll am Mittwoch über mögliche weitere Corona-Maßnahmen an den Schulen gesprochen werden. Demnach ist im Gespräch, an den Oberstufen und Berufsschulen den sogenannten Präsenzunterricht einzuschränken.

Indessen ist gestern ein großer Schritt auf dem Weg zu einem sehnächtig erwarteten Impfstoff gegen eine Corona-Infektion getan worden: Das Mainzer Unternehmen Biontech und der amerikanische Pharmariese Pfizer beantragten bei der US-Arzneimittelbehörde FDA eine Notfallzulassung für ihren Wirkstoff, wie Pfizer gestern mitteilte. Anträge auf eine Zulassung für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung. „Wir können innerhalb von Stunden liefern, wenn wir eine Genehmigung erhalten sollten“, sagte eine Sprecherin von Biontech in Mainz.

„Ein Angriff auf das freie Mandat“

AfD nach Störungen im Bundestag unter Druck / Fraktionen stellen sich geschlossen gegen die Partei

dpa Berlin. Nach der Belästigung von Politikern im Bundestag durch Besucher haben sich die anderen Fraktionen geschlossen gegen die AfD gestellt. In einer aktuellen Stunde brandmarkten Union, SPD, FDP, Grüne und Linke die Rechtspopulisten als Demokratiefeinde. Drei Abgeordnete der AfD hatten die Störer am Mittwoch in den Bundestag eingeladen.

„Was wir am Mittwoch erleben mussten, ist nichts weniger als ein Angriff auf das freie Mandat und ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie. Und da hört der Spaß nun wirklich auf“, so der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Marco Buschmann, warf der AfD vor, sie habe „ein Klima der Bedrohung“ in den Bundestag tragen wollen. „Sie wollen die Institutionen in den Schmutz ziehen, weil Sie sie

hassen. Aber seien Sie sich eines sicher: Unsere Demokratie ist stärker als Ihr Hass“, so Buschmann.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland sagte, das Verhalten der Gäste sei „unzivilisiert“ gewesen und gehöre sich nicht. „Dafür entschuldige ich mich als Fraktionsvorsitzender.“ Er räumte ein: „Hier ist etwas aus dem Ruder gelaufen.“ Die Besucher hätten aber die Sicherheitskontrollen durchlaufen. „Wir konnten nicht damit rechnen, dass so etwas passiert.“ Zuvor hatte die AfD-Fraktion entschieden, dass sich die Abgeordneten Petr Bystron und Udo Hemmelgarn schriftlich bei Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) entschuldigen sollen.

Schäuble hatte zuvor deutlich gemacht, dass den Beteiligten juristische Konsequenzen drohen können. Er habe die Verwaltung gebeten, „alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, gegen die Täter und

diejenigen vorzugehen, die ihnen Zugang zu den Liegenschaften des Bundestages verschafft haben“, heißt es in einem Schreiben Schäubles an alle Abgeordneten.

Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Britta Haßelmann, wertete die Entschuldigung Gaulands als Teil der üblichen AfD-Strategie. „Unaufrechtes und geheucheltes Bedauern hier, denn man merkt, es wird brenzlich.“ Und gleichzeitig hole sich die AfD bei ihrer Anhängerenschaft den Applaus für ihr Handeln ein. Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Linke) sagte, die AfD gebe sich neuerdings als Bürgerrechts- und Freiheitspartei aus. Das sei „purer Etikettenschwindel“. Für die SPD erinnerte die Abgeordnete Susann Rütthrich an Gaulands Satz „Wir werden sie jagen“, den er am Abend der Bundestagswahl 2017 an die Adresse der neuen Bundesregierung gesagt hatte. „Damit waren wir alle gemeint.“

Alternativlos?

Politik muss Perspektiven aufzeigen

Ist „unvermeidbar“ das neue „alternativlos“? Ob es ebenfalls eine Auszeichnung erhält, Anlass für die Gründung einer neuen Partei wird – das alles ist nicht sicher. Anlass zur heftigen Diskussion über den Politikstil der Kanzlerin ist es auf alle Fälle.

„Alternativlos“, so beschrieb Angela Merkel in der Eurokrise 2010 die Finanzhilfen für Griechenland, erntete heftige Kritik für das Wort. Nicht umsonst nannte sich die 2013 gegründete AfD „Alternative für Deutschland“. Die Gesellschaft für deutsche Sprache kürte „alternativlos“ zum „Unwort des Jahres 2010“.

„Unvermeidbar“ – das sind für Merkel im Kampf gegen Corona Kontaktbeschränkungen, massivste Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, komplette Stilllegung von Gastronomie und Kultur. Maßnahmen, die tief in das gesellschaftliche Leben einschneiden.

Als Freundin des Meinungspopulismus hat sich die Kanzlerin während ihrer Regierungszeit sicherlich nicht hervorgerufen. Doch ist es Merkel in 15 Jahren Kanzlerschaft immer gelungen, scheinbar unüberwindbare Gegensätze zu einem ordentlichen Ergebnis auszuloten. Sie war Meisterin darin, Mehrheiten zu organisieren, ohne die Minderheiten zu brüskieren. Dieses Geschick ist ihr im Kampf gegen Corona abhanden gekommen. Es scheint, als lasse sich die promovierte Physikerin nicht mehr von ihrem Gespür, sondern von blindem Vertrauen in die Wissenschaft leiten.

Brachiale Eingriffe in die persönliche Freiheit haben keine höhere Akzeptanz, nur weil sie als unvermeidbar dargestellt werden. Der Corona-Kurs der Kanzlerin mag richtig sein, aber er ist sicher nicht unvermeidbar. Die Menschen spüren das. Rund 28 Prozent der Deutschen halten den „Lockdown light“ für falsch („Spiegel“-Umfrage). Eine große Minderheit. Die muss man ernst nehmen. Weil es beim Kampf gegen die Pandemie auf die Akzeptanz der Mitte der Bevölkerung ankommt. Derjenigen, die weder Erkenntnis-Probleme haben, noch Verschwörungstheorien hinterherlaufen, und die im Grundsatz bereit sind, sich an Regeln zu halten. Auch das Eilverfahren, in dem in dieser Woche das Infektionsschutzgesetz das Parlament, Bundesrat und Bundespräsident passiert, war nicht vertrauensfördernd. Es sind ja keine gesetzlichen Randnotizen, die dort geregelt werden, sondern schwerwiegende Eingriffe in die Rechte eines jeden.

Kommenden Mittwoch sitzt Merkel wieder mit den Ministerpräsidenten zusammen, um neue verbindliche Regeln festzulegen – für den Dezember und vielleicht darüber hinaus. Die Hoffnung bleibt, dass es nicht erneut zum unwürdigen Geschacher kommt. Sondern, dass es gelingt, das Einschneidende mit Perspektive zu verbinden. Es muss vor allem auch darum gehen, die Menschen von Ge- und Verboten zu überzeugen. Denn sinkende Infektionszahlen sind nur mit Einsicht und Akzeptanz der Bürger zu erreichen. Das ist alternativlos.

Markus Vogt

Einreiseverordnung außer Kraft gesetzt

dpa Münster. Das Oberverwaltungsgericht in Münster hat die in der Corona-Einreiseverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen geregelte Quarantänapflicht für Auslandsrückkehrer aus Risikogebieten gekippt. Nach Ansicht des Gerichts hat das Land nicht berücksichtigt, dass Reisende bei der Rückkehr aus Ländern mit geringeren Infektionszahlen als an ihrem Wohnort nach der Heimkehr einem höherem Infektionsrisiko ausgesetzt sind. Der Beschluss ist nicht anfechtbar (Az.: 13 B 1770/20.NE). Das NRW-Gesundheitsministerium setzte daraufhin gestern Abend die komplette Corona-Einreiseverordnung des Landes ab sofort außer Kraft.